Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
—
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 13. Mittwoch den 17. Januar. 1849.

Inland.

Berlin, den 15. Januar. Se. Hoheit der Herzog George von Mecklenburg-Strelitz ist von Neu-Strelitz; Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königlich-Großbritanischen Hofe, Dr. Bunsen, von London und der Königlich Belgische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Nothomb, sind von Brüssel hier angekommen.

---

†* Bromberg, den 13. Januar. Die Wahlen sind bei uns in ein neues Stadium getreten, indem der Deutsche Bürgerverein sich jetzt mit dem patriotischen Verein rücksichtlich derselben vereinigt hat; beide Vereine zusammen und in Gemeinschaft mit allen, die sich ihren politischen Ansichten anschließen, haben ein Programm berathen, welches kurz und klar ist. Es lautet folgendermaßen: „1) Wir wollen ein constitutionelles Königthum. 2) Die uns verliehene Verfassung vom 5. December v. J. erkennen wir, vorbehaltlich deren Revision im ordentlichen Wege der Gesetzgebung als Staatsgrundgesetz an. 3) Auf den Grund derselben und durch sie wollen wir, daß die Rechte der Krone gesichert, die Executivgewalt gekräftigt, aber ebenso die Rechte und Freiheiten des Volks aufrecht erhalten werden." Dies Programm möchte wohl die meisten Urwähler unserer Stadt zufriedenstellen und dieser Verein, der sich jetzt officiell „Deutscher Urwähler-Verein" nennt, wird wahrscheinlich auch unter den 38 Wahlmännern Brombergs meistens solche sehen, die mit seinen Ansichten übereinstimmen. Uebrigens sind durch seine Bezirksabtheilungen meistens schon Vorwahlen getroffen worden und man wird von jetzt ab Alles aufbieten, um die aus denselben hervorgegangenen Wahlmänner auch bei der eigentlichen Wahl am 22. durchzubringen. Man ist zu diesem Schritt genöthigt, um den Wahlumtrieben der Democraten die Spitze bieten zu können.

Das Departement Bromberg wird zur Wahl seiner 10 Deputirten in 4 Wahlbezirke getheilt werden: Der 1ste Bezirk wählt 2 Abgeordnete und umfaßt den südöstlichen Theil des Gnesener Kreises, den östlichen des Mogilnoer Kreises, den Polizeidistrict Gonsawa und den ganzen Inowraclawer Kreis, Wahlort Inowraclaw. — Der 2te Bezirk wählt 3 Abgeordnete und umfaßt den Bromberger und Wirsitzer Kreis ganz und den Kreis Schubin, mit Ausnahme des Districts Gonsawa. Wahlort Bromberg. — Der 3te Bezirk wählt 3 Abgeordnete und umfaßt den ganzen Chodziesener und Czarnikauer Kreis, den nordwestlichen Theil des Wongrowiecer, den westlichen und nordwestlichen Theil des Gnesener Kreises. Wahlort Chodziesen. — Der 4te Bezirk wählt 2 Abgeordnete und umfaßt diejenigen Theile des Wongrowiecer Kreises, welche nicht zum 3ten Wahlbezirk gehören, den Gnesener Kreis, mit Ausnahme der zum 1sten und 3ten Wahlbezirk gehörenden Theile und den Theil des Mogilnoer Kreises, welcher nicht zum 1sten Wahlbezirk gehört. Wahlort Gnesen.

Berlin, den 13. Januar. Ein hier vielfach verbreitetes Gerücht, das auch von verschiedenen Zeitungen wiederholt wurde, unser Reichsgesandter, Hr. Camphausen, sei hier, um seinen Abschied zu nehmen, ist, wie uns aus guter Quelle versichert wird, nicht begründet. Hr. Camphausen soll vielmehr hier legiglich in der Deutschen Oberhauptsfrage unterhandeln.

— Nach der erwähnten Verfügung des Ministers Ladenberg haben die Lehrer selbst alle drei Jahre folgende Rubriken als Personalbericht auszufüllen: 1) Vor- und Zunamen des Lehrers, 2) Geburtsort, 3) Alter, 4) wo derselbe seine Bildung erhalten und von welcher Behörde er geprüft worden ist, 5) in welchem Verhältnisse derselbe bisher gestanden, 6) in welchen Klassen und Lehrgegenständen und in welchen Stunden derselbe unterrichtet, 7) Dienstalter a) überhaupt und b) im gegenwärtigen Amte, 8) Gehalt derselben, 9) etwanige Nebenämter und Nebenbeschäftigungen.

— Die Arbeiten an den Sitzungslokalen für die beiden Kammern schreiten rasch vor. Das Lokal für die erste Kammer wird gegenwärtig durch einen Ausbau des Hauses hergestellt werden, worin sich das Handelsamt und die Königl. Porzellan-Niederlage befunden haben. Die Arbeiten nach dem Hofe heraus mit glühendem Sand und frisch gelöschtem Cement, scheinen bei der andauernden heftigen Kälte auf natürliche Schwierigkeiten zu stoßen, die, wenn nicht mildere Witterung eintritt, zur Folge haben könnten, daß die erste Kammer in dem durch die National-Versammlung früherhin eingenommenen Concertsaale des Schauspielhauses einstweilen Sitzungen halten müßte.

Berlin, den 14. Jan. Zur Berichtigung des, in mehrere Zeitungen aufgenommenen Artikels, wonach „der Staats-Minister von Ladenberg den Vorständen der, seinem Ressort untergebenen, Unterrichtsanstalten eine neue Form der Berichterstattung über die Lehrer zur Pflicht gemacht haben soll, welche die Stelle der abgeschafften Conduitenlisten zu ersetzen bestimmt sei" wird nachstehend die auf die Anfrage einer Königl. Regierung erlassene und sämmtlichen Königl. Regierungen und Provinzial-Schul-Kollegien zur Kenntnißnahme und Nachachtung mitgetheilte, Verfügung, mit dem Bemerken, daß, wie bestimmt versichert werden kann, außer dieser eine andere Verfügung nicht ergangen ist, hiermit veröffentlicht: „Auf den Bericht vom 14. v. M. II. Nr. 207. Sept. die Conduitenlisten betreffend, eröffne ich der Königlichen Regierung, daß auch diejenigen Conduitenlisten, welche bisher über die Lehrer an öffentlichen Schulen und Schullehrer-Seminarien, sowie auch über die Schul-Inspektoren eingefordert worden sind, in Folge der Allerhöchsten Ordre vom 31. Juli c. wegfallen müssen, es jedoch den K. Behörden überlassen bleibt, die bisher in den Listen aufgenommenen statistischen Notizen, insofern sie unentbehrlich sind, besonders einzuziehen und über den Zustand der Schulen von den Vorstehern derselben, resp. den Schulinspektoren periodische Berichte erstatten zu lassen. Sollten in diesen Bemerkungen enthalten sein, welche die Lehrer persönlich betreffen und ein nachtheiliges Urtheil über sie hervorrufen, so muß denselben Behufs ihrer Vertheidigung Mittheilung gemacht und Alles vermieden werden, was den Anschein geheimer, diese Vertheidigung vereitelnder, Bezüchtigungen hat. Je mehr die Behörden bemüht sind, durch eigene Wahrnehmung ein sicheres Urtheil zu gewinnen, um so weniger wird es auf dergleichen berichtliche Anzeigen ankommen." Berlin, den 19. Oktober 1848. Für den Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten. Im Allerhöchsten Auftrage. (gez.) v. Ladenberg. An die Königl. Regierung zu N. N."

Berlin, den 15. Januar. Die hiesigen Zeitungen bringen nachstehende Warnung: Es sind in der Buchdruckerei von Jul. Sittenfeld in Berlin Flugblätter erschienen, welche die Ueberschrift „An die Wähler auf dem Lande, I. und IX. Demokratische Briefe", die Unterschrift „Jakob" und am Ende die Worte Expedition des Central-Comités für volksthümliche Wahlen im Preußischen Lande" führen. Da diese Flugschriften, welche die unsrigen im Formate und Drucke, sogar in der Unterschrift mit Ausnahme des Wortes „Staate" vollkommen nachahmen, das Publikum zu täuschen geeignet sind, so warnen wir hiermit öffentlich jedermann, unsere Flugblätter mit jenen Schmähschriften zu verwechseln, und erklären zugleich, daß wir seit dem Erscheinen der No. VII. unserer Flugblätter in der Buchdruckerei von Julius Sittenfeld nichts mehr drucken lassen.

Zur Warnung diene gleichfalls die Nachricht, daß bis jetzt die No. I. jener Blätter, ins Polnische übersetzt, durch dieselbe Druckerei veröffentlicht ist.

Wir ersuchen die Redaktionen aller wahrheitsliebenden Zeitungen, diese Warnung in ihre Spalten aufnehmen zu wollen.

Berlin, den 13. Januar 1849.

Das Central-Comité für volksthümliche Wahlen im Preußischen Staate zu Berlin.

λ Berlin, den 15. Januar. Ein vom hiesigen Verein zur Wahrung der Interessen der Provinzen verbreitetes Blatt enthält sehr merkwürdige Enthüllungen über die Absichten der demokratischen Partei nach der Auflösung der National-Versammlung. Es heißt in diesem Blatt wörtlich:

Am Sonntag, den 12. November Nachmittag sollte die Fraktion Unruh im Schützenhause ihre Sitzungen fortsetzen. Der Vorstand hatte ihr, ohne die Bewilligung der gesammten Schützengilde, dies Lokal angeboten. Man glaubte, daß der General Wrangel an diesem Tage die Versammlung durch Militair auseinander treiben lassen würde. Für diesen Fall war der Kampf beschlossen. Es standen am Nachmittag über 3000 Mann von den Freischärlern, den Freikorps, den Arbeitern und aus dem demokratischen Theil der Bürgerwehr bewaffnet und mit Brennmaterialien versehen in dem Schützenhause und in den umliegenden Häusern postirt. Man wollte das Militair durch die engen Straßen anrücken lassen und dann den Kampf beginnen. Mit dem Militair in der Königsstadt hoffte man leicht fertig zu werden. Die Königsstadt sollte verschanzt und vertheidigt, in der Friedrichsstadt der Angriff eröffnet werden. Hier zurückgedrängt, wollte man sich auf die Königsstadt concentriren. Diese glaubte man 3 Tage gegen die Truppen vertheidigen zu können, in welcher Zeit der nöthige Zuzug der schlesischen Demokraten und der Polen erwartet wurde. Im Königsstädter Theater sollte die National-Versammlung ihren Sitz und von dort aus die Leitung der Regierung übernehmen.

Der höllische Plan zu diesem, Berlin in einen Schutthaufen verwandelnden Kampfe wurde am Sonntag den 12. November von einer aus 20 Personen bestehenden Kommission festgestellt. Dieselbe berieth in einer Eckstube des zweiten Stocks im Hotel de France; ein Freiwilliger, Pole, überbrachte der Kommission den Operationsplan des General Wrangel! Jene Kommission bestand aus folgenden Männern: Potjorski, Heramer, einem französischen Emissair, der unter dem Namen eines Weinreisenden Lagrange figurirte, Hecker, Braß, v. Mauschwitz, Ohmen, den Lieutenants a. D. Chevallerie, Faltin und Nord, General a. D. von Hochstetter, einem Theilnehmer an dem Heckerschen Freizug, Wolf, Vorpahl und den Abgeordneten Graf Reichenbach, Grebel, Reuter, Lipski und Schramm (Striegau).

Hierauf folgt der furchtbare Plan, demzufolge der ganze Kampf in 2 Haupt-Abtheilungen zerfallen sollte, die Vertheidigung der Königsstadt und die der Friedrichsstadt. Mit der größesten Genauigkeit sind die einzelnen vorzunehmenden Operationen ausgeführt, in denen Zerstörung und Verbannung eine Hauptrolle spielen. Auch sind die Orte bezeichnet, in denen Brennmaterialien aller Art deponirt sein sollten. Beruhen diese Enthüllungen auf Wahrheit, so lassen sie uns einen tiefen Blick in die Absichten einer Partei thun, die mit den Pariser Juni-Insurgenten in enger Verbindung zu stehen scheint.

Münster, den 11. Januar. Temme hat das ihm vom Wahlkreise Neuß übertragene Mandat für die Frankfurter National-Versammlung angenommen und seine desfallsige Erklärung gestern Abend seinen Mandanten zugehen lassen. — Der Land- und Stadtgerichts-Direktor Hülsmann fragte vorgestern beim Oberlandesgerichte an, ob er dem Oberlandesgerichts-Referendar von Bernuth, in Erwägung, daß derselbe als Redakteur unter der „Westphälischen Volkshalle" stehe, ferner noch — Arbeiten zuzutheilen habe! (Düsseld. Zeit.)

Paderborn, den 9. Januar. Das Ober-Landesgericht zu Paderborn hat in seiner heutigen Plenar-Sitzung sich für nicht berechtigt erklärt, über die Anklage gegen Temme zu entscheiden, und dieselbe an das Kammergericht zu Berlin, als das allein zur Entscheidung berechtigte Gericht, abgegeben. Es geht davon aus, daß gemäß §. 5. des Gesetzes vom 24. September 1848 alle Ausnahms-Gerichte unstatthaft sind; daher der Justiz-Minister nicht berechtigt sei, so lange noch ein gesetzlicher Gerichtsstand angegangen werden könne, willkürlich eine Untersuchung an einen beliebigen Richter zu verweisen. Temme habe, wenn es ein Verbrechen gewesen sei, an dem Steuer-Verweigerungs-Beschluß Theil zu nehmen, in Berlin das Vergehen begangen, folglich müsse das Kammergericht zu Berlin, als das Gericht des Orts der That (forum delicti commissi), in der Sache entscheiden, nachdem das Gericht des Wohnortes und der Ergreifung (forum domicilii et reprehensionis) zu Münster von dem Angeklagten verworfen worden sei. Der Justiz-Minister sei daher in keiner Weise berechtigt gewesen, das Ober-Landesgericht zu Paderborn mit dem Spruche in der Untersuchung gegen Temme zu beauftragen.

Schwerin, den 11. Januar. (H. C.) Zu der gestrigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer hatten die Schwerinischen Kommissarien eine Erklärung abgegeben, in welcher sie einen Erlaß an den Mecklenburgischen Gesandten in Frankfurt a. M. in Gemäßheit des in der 36sten Sitzung gefaßten Beschlusses (wegen der Kaiserwahl) mittheilen. Hinzugefügt war die Erklärung des Großherzogs, daß er mit diesem Beschlusse völlig einverstanden sei.

Oldenburg, den 7. Jan. (H. K.) Der hiesige Deutsche Volksverein hat in seiner letzten Versammlung den Beschluß gefaßt, das Cirkular-Schreiben des Deutschen National-Vereins in Betreff der Deutschen Reichsoberhauptsfrage dahin zu beantworten: „daß der Verein in der Uebertragung der Centralgewalt an Preußen trotz aller Bedenken, die sicherste, ja einzig mögliche Weise erblicke, um zu einer den Verhältnissen entsprechenden lebensfähigen und kräftigen Gestaltung des Vaterlandes zu gelangen." Gleichzeitig ward beschlossen, diesen Beschluß unserem Landtage mitzutheilen, und denselben zu ersuchen, sich im gleichen Sinne gegen die Regierung auszusprechen. Der Landtag wird, dem Vernehmen nach, auf dieses Ansuchen eingehen.

Oldenburg, den 7. Jan. Sicherm Vernehmen nach hat unser Großherzog dem Könige von Preußen eine Zuschrift dahin zugesendet, daß er seinerseits es gern sehen würde, wenn dem Hause Hohenzollern ein Platz an der Spitze von Deutschland in nächster Zeit eingeräumt werden würde. Da unser Bevollmächtigter bei der Centralgewalt in den letzten Tagen hier war, so zweifelt man nicht, daß eine ähnliche Erklärung auch der provisorischen Centralgewalt werde abgegeben werden.

Gotha, den 9. Jan. Sicherem Vernehmen nach haben die acht Thüringischen Fürsten (der Großherzog und die drei Herzoge zu Sachsen, die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß) beschlossen, in einem amtlichen Schreiben dem Könige von Preußen anzuzeigen, daß sie ihn als willkommenes Oberhaupt von Deutschland anzuerkennen bereit seien, falls die Deutsche National-Versammlung in diesem Sinne die Verfassung Deutschlands beschließen sollte.

Die Adresse der Thüringischen Fürsten an den König von Preußen ist von jedem der Fürsten besonders eingesandt; bei allen Adressen hat jedoch ein gemeinsamer Entwurf vorgelegen, den wir im Stande sind mitzutheilen. Er lautet:

Die Majorität des Verfassungsausschusses der Deutschen National-Versammlung in Frankfurt a. M. hat den Beschluß gefaßt, daß an die Spitze unseres gemeinsamen Vaterlandes ein Kaiser

gestellt werde. Wir hoffen, daß die National-Versammlung diese Beschluß zu dem ihrigen machen werde, da es nur so die ihm gebührende Stellung nach Außen behaupten, da nur so die gesetzliche Freiheit gedeihen kann. Darum erkennen wir jenen Beschluß als gerechtfertigt, wenn anders, wie wir nicht zweifeln, das Absehen darauf gerichtet ist, die neue Würde einem Fürsten zu übertragen, der mit dem Willen auch die Kraft hat, dem hohen Beruf vollständig zu entsprechen. Wollen wir auch nicht undankbar vergessen, was die Erinnerung an frühere Jahrhunderte uns lehrt, so dürfen wir doch auch eben so wenig unbeachtet lassen, was der Lauf der Zeiten uns gebracht hat. Die Geschichte ist der getreue Ausdruck der ewigen Gesetze, welche die Geschicke des Menschengeschlechtes leiten und sie weist Ew. Majestät die erhabene Stelle an. Darum, das göttliche Gebot ehrend, werden Ew. Majestät keinen Anstand nehmen, dem Rufe zu folgen, wenn er auf irgend einem Wege an Höchstdieselben gelangen sollte. Aber im Hinblick auf die edlen Gesinnungen, welche in einer anderen Richtung Ew. Majestät stets beseelt haben, wollen wir, die unterzeichneten Fürsten Thüringens, nicht säumen, Allerhöchst und Höchstdenselben hierdurch noch besonders die Erklärung zu Füßen zu legen, daß wir Ew. Majestät mit Freuden an der Spitze Deutschlands sehen und anerkennen werden. 2c. 2c.

Frankfurt a. M., den 9. Januor. (D. Z.) 149. Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Durch den Präsidenten Eduard Simson wird die Sitzung um 9½ Uhr, und zwar zum ersten Male wieder in den gewohnten stattlichen Räumen der Paulskirche, eröffnet. Dieser Umstand und die Wichtigkeit der heut beginnenden Berathung über das ministerielle Programm, die Oesterreichische Frage betreffend, haben die den Zuhörern vorbehaltenen Bogen und Gallerieen in Zeiten zahlreich gefüllt. In Bremen hat eine von Frauen und Jungfrauen veranstaltete Lotterie mehr als 5000 Fl. für die Flotte eingetragen. (Lebhaftes Bravo.)

Nach einigen Anrufungen kommt man zur Tagesordnung; zu den Mehrheits- und Minderheitsanträgen des Oesterreichischen Ausschusses ist eine lange Reihe von Verbesserungs-Anträgen gestellt: im Ganzen haben sich 94 Redner aufzeichnen lassen, darunter zum Theil ganz neue Namen. Es scheint, als solle keine parlamentarische Kraft im Hause übrig bleiben, die sich nicht bei diesem Streite zu bethätigen sucht.

Der Berichterstatter der Mehrheit des Ausschusses, Herr Venedey, eröffnet die Debatte mit dem Spruche: Gott mit Deutschland! Um die Theilung des Vaterlandes handele es sich. Man sage, die Trennung geschehe nur, um sich desto sicherer zu vereinigen. Aber Völker, die sich einmal getrennt, kämen nimmer wieder zusammen. Ein Preußisches Kaiserthum sei vielmehr des Pudels Kern. Einmal ein Riß gesprengt zwischen Deutschland, werde sich die Kluft nur erweitern, nicht wieder schließen lassen und ein ungeheures Gewicht auf dem Manne lasten, der diese Frage zur Kabinetsfrage mache. Denn er werde die Deutsche Zukunft zu verantworten haben.

Dieser Mann, der Reichsminister Heinrich von Gagern, besteigt unmittelbar darauf die Tribüne, und mit demselben Spruche, den Herr Venedey für sich angeführt. Feierliche Stille. Herr von Gagern wiederholt den Inhalt seiner Vorlagen, die er an die Versammlung und an den Oesterreichischen Ausschuß gerichtet. Dann wendet er sich an die Erachten, welche der Ausschuß gestellt hat, und erklärt, daß das Reichsministerium den Antrag der Mehrheit nicht annehmen könne, den Antrag der Minderheit dagegen zu dem seinigen mache. Um eine auf den Willen der Nation sich stützende Gesammtregierung handle es sich. Eine solche Regierung und Vertretung im Geiste der Nation durch die Verfassung zu schaffen, darin habe ich unsere Aufgabe erkannt. Nicht auf eine Preußische Hegemonie steuere er hin, sondern auf eine starke Deutsche Regierung. Wer bei ihm persönliche Verbindungen, wer Verpflichtungen voraussetze anderer Art, als gegen das große Deutsche Vaterland, der thue ihm Unrecht. (Das glaubt Niemand! Zuruf auch von der Linken: Niemand!) Ich beharre nicht auf einer vorgefaßten Meinung über Oesterreich. Ich werde mich gern als überwunden erklären, wenn man mir beweist: Oesterreich könne sich einer Deutschen Gesammtregierung unterwerfen, die Oesterreich nicht selbst, nicht ausschließlich ist. (Bewegung.) Nicht also, daß ich Oesterreich ausscheiden wollte aus der Deutschen Verfassung — aber ich glaube in der That, es wird sich nicht anschließen. Daher sind alle die Vorwürfe falsch, die von Abtrennung und Ausstoßung sprechen. Denn selbst wenn es unserer Verfassung beizutreten sich weigerte, bin ich weit entfernt, Oesterreich aus unserem Bunde zu lassen, von dem das Maaß des alten Verhältnisses das Minimum ist. Sollen die Centralgewalt und deren Ministerium die Pflichten erfüllen, die sie übernommen haben, namentlich was die Vertretung nach außen anlangt, so müssen wir auch die Mittel dazu besitzen. Die Vorhut gegen Osten steht vorzugsweise bei Oesterreich, daher sind vor Allem klare Verhältnisse und Beziehungen auch in dieser Richtung nöthig. Weiter spricht sich Gagern über das aus, was er thun wolle, wenn dem Ministerium Autorisation ertheilt würde; wie er vor Allem sich bemühen werde in Oesterreich das rechte Verständniß herzustellen über den Sinn, in welchem die National-Versammlung ihre Beschlüsse über das Verfassungswerk faßt, den Sinn des brüderlichsten Gefühles aller Deutschen, die sich nicht trennen wollen, fern von jeder abstoßenden Feindlichkeit; wie er endlich je länger, je mehr zu dem eigentlichen Verständnisse über die Lage Oesterreichs zu Deutschland zu kommen suchen werde. Er schließt mit der nachdrücklichen Mahnung, da nach seinem tiefsten Gefühle es sich um das Schicksal des Vaterlandes handle, als wahre Freunde des Vaterlandes vorerst das Mögliche erreichen zu wollen. (Allgemeiner, anhaltender Beifall aus der Mitte und von der rechten Seite des Hauses, Zischen links.) Nach den klaren Auseinandersetzungen Gagern's, unterstützt von seiner so bedeutenden Persönlichkeit fällt es den folgenden Rednern schwer, für die gegentheilige Meinung einige Aufmerksamkeit zu erlangen. So ergeht es auch Jordan von Berlin; tiefes Schweigen aber tritt ein, als nach ihm der jetzige Bevollmächtigte Oesterreichs bei der Centralgewalt, Herr von Schmerling die Tribüne besteigt. In langer Rede unternimmt derselbe es, Oesterreich gegen die erhobenen Vorwürfe zu rechtfertigen und die gegenwärtige Stellung seines Staates zu Deutschland offen und unumwunden darzulegen. Fern sei es von der Oesterreichischen Regierung, die künftige Gestaltung Deutschlands zu beirren, aber die Versammlung ihrerseits habe die Verpflichtung, die Macht der Verhältnisse und der Thatsachen anerkennen. Der Weg der Verständigung werde ohne Zweifel zum Ziele führen; zur befriedigenden Lösung der großen Aufgabe beizutragen, dazu sei er und im Geiste der Politik das Oesterreichische Kabinet bereit. — Nach seiner Rede, der von mehren Seiten des Hauses Beifall folgt, wird die Sitzung vertagt. — Zu erwähnen ist, daß in Folge der gestrigen Wahl in den Legitimations-Ausschuß Herr Viebig aus Posen eintritt.

Frankfurt a. M., den 12. Januar. 150ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des Berichts über das ministerielle Programm „die österreichische Frage" betreffend.

Vorsitzender Präsident Eduard Simson.

Es wird ein Flottenbeitrag von 100 Thalern in Gold aus Bernburg, nach und nach eingesammelt unter den Landständen jenes Herzogthums, angezeigt. (Bravo!)

Ludwig Simon von Trier spricht unter dem rauschenden Beifall seiner Partei (der Linken). In seiner sarkastisch-spottenden Weise beleuchtet er, wie es mit der Politik des Ministeriums Schmerling beschaffen gewesen, und ruft am Schlusse: „Zur Tagesordnung über das Ministerial-Programm. Sonst heißt es künftig: Ein Preußen, ein Oesterreich, aber kein einiges Deutschland mehr!" Raveaux von Köln ist gegen eine Maßregel, die er den Ausschluß Oesterreichs nennt, aus rechtlichen Gründen. Das Volk von Oesterreich wolle allerdings in den Bundesstaat eintreten, es dürfe nur seine Meinung nicht äußern — Nach des Königs Friedrich Wilhelm IV. eigenen familiär-herzlichen Aeußerungen gegen die Deputation vom 18. März, zu der er gehört, betreffend seine Stellung zur Oberhauptsfrage, müsse er durchaus daran zweifeln, daß derselbe jemals die Kaiserkrone annehme. — Nicht in monarchischer, sondern in republikanischer Form denke er, der Redner, sich die Spitze der deutschen Verfassung; die Nation solle regieren, nicht ein Fürst. Er sei aus Köln, wo das Symbol der deutschen Einheit, der Dom, stehe; eine Säule aus diesem Dome herausgenommen und man habe ihn zur Ruine gemacht. — Reichsminister v. Beckerath erklärt das Warten auf Oesterreich für das Sterben der deutschen Einheit. In seiner edlen Weise spricht sich der Redner weiter über die reine deutsche Gesinnung aus, von der das Ministerium beseelt sei, und welche es, frei von jedem Partikularismus, nur das Gesammtwohl, nur das Heil des gesammten Vaterlandes ins Auge fassen lasse. In Bezug auf das Programm vom 18. Dezember, fügt er hinzu, daß er und seine Kollegen mit demselben, als dem innigsten Ausdrucke ihrer gewissenhaften Ueberzeugung, ständen und fielen, daß somit auch nicht der mindeste Zweifel über das Bestehen der engsten Solidarität zwischen dem Kollegium und seinem Präsidenten obwalten könne. — Nach ihm redet v. Wydenbrugk. Sein Standpunkt ist, daß er unter dem beifälligen Zurufe der Linken, nur Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Frage sieht und durchaus keinen Ausweg. Unter der Union, die mit Oesterreich errichtet werden solle, lasse sich gar nichts Bestimmtes denken. Man habe die Verfassung für ganz Deutschland abzuschließen, nicht aber den Auftrag, es zu zerreißen. Das Thor müsse offen bleiben für die deutsch-österreichischen Provinzen, wodurch sie jeden Augenblick eintreten könnten zu der Familie, zu der sie von Gott und Rechts wegen gehören. Unter langem Beifall von der linken Seite des Hauses beschwört er die Versammlung, vor Allem den Boden nicht zu zerreißen, auf dem das Vaterland stehe — Sepp aus München, dessen Rede hinwiederum alle Aufmerksamkeit fehlt, will das Reichsministerium veranlaßt wissen, dahin zu wirken, daß Oesterreich mit seinem ganzen Länder-Complexe in den deutschen Bundesstaat eintrete. (Schluß folgt.)

Frankfurt a. M., den 11. Jan. Der Senat unseres Freistaats hat in seiner heutigen Sitzung für unser Staatsgebiet die Publikation der von der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung aufgestellten Grundrechte des Deutschen Volks beschlossen. Uebermorgen wird das Amtsblatt die Grundrechte verkünden.

— Das Montagskränzchen hat kürzlich beschlossen, dem Aufruf des leitenden Comité des Märzvereins zu einer allgemeinen feierlichen Annahme der Volksrechte, von Seiten des Volks selbst, Folge zu leisten und zu diesem Behuf an dem in dem Aufruf angegebenen Tage eine entsprechende Festlichkeit zu veranstalten. Darüber, worin diese Festlichkeit bestehen und welche Ausdehnung sie erhalten solle, hat noch nichts verlautet. — In der letzten Zeit wurde die Authenticität der Nachricht, daß der Fürst von Hohenzollern Sigmaringen in Verhandlung mit dem Preußischen Hofe getreten sei für Ueberlassung der Regierung dieses Fürstenthums an die Krone Preußen, von mehreren Seiten in Zweifel gezogen. Nach zuverlässigen Mittheilungen kann jedoch versichert werden, daß eine Verhandlung zu dem angegebenen Zwecke allerdings besteht und einem definitiven Abschlusse nahe ist.

Frankfurt a. M., den 12. Jan (O.-P.-A. Z.) Der Badische Bevollmächtigte, Herr Welcker, hat im Namen des Großherzogs der Centralgewalt nachstehende Note überreicht:

„Se. Königl. Hoheit der Großherzog hat vom ersten Augenblicke an, wo die politische Umgestaltung Deutschlands zu einem Bundesstaat sich unaufhaltsam zu entwickeln begann, die Ueberzeugung in sich getragen, daß nur ein einiges, mächtig geschütztes und zusammengehaltenes Deutschland den Bedürfnissen der Nation und den Forderungen der Zeit genügen könne. Er hat im Einklang mit seinen Ständen erklärt, wie es hier wiederholt erklärt wird: daß er bereit sei, jedes gleichmäßig von ihm wie von allen anderen Bundesgenossen zu verlangende Opfer zu bringen, das zur Erreichung des großen Zieles nothwendig wäre. In getreuer Festhaltung an dieser Gesinnung wollen Se. Königl. Hoheit der Großherzog auch in dem jetzigen für die Entscheidung so bedeutenden Zeitpunkte die offene und ausdrückliche Erklärung nicht zurückhalten, daß er keinen Anstand nehmen werde, wenn ein einziges und selbst ein erbliches Oberhaupt an die Spitze des Deutschen Bundesstaates gestellt werden sollte, sich demselben in allen großen, gemeinsam Deutschen Angelegenheiten nach den Verfassungsbestimmungen, wie sie endgültig zu Stande kommen werden, unterzuordnen. Seine Königliche Hoheit der Großherzog glaubt mit dieser entgegenkommenden Erklärung nicht blos als Deutscher Fürst im Sinne der Zeit zu handeln, sondern auch gegen sein eigenes Volk eine der schönsten Pflichten zu erfüllen, indem Er sich bemüht, seinerseits dahin mitzuwirken, daß das große Einigungswerk nicht scheitere, und dazu beizutragen, daß sein Volk der Wohlthaten eines großen mächtigen Vaterlandes in vollem Maße theilhaftig werde. Der inneren eigenthümlichen Entwickelung seiner nächsten geistigen und materiellen Wohlfahrt vorzustehen, wird fortwährend die treue Sorge Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs bleiben, damit das Badische Volk stets als ein würdiges Glied im Zusammenhange des großen Ganzen erscheine."

Die Deutsche Zeitung theilt folgendes Schreiben des Großherzogl. Hessischen Bevollmächtigten an die Centralgewalt mit:

„Die Gesinnungen Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs von Hessen über die Verfassung Deutschlands sind dem jetzigen Präsidenten des Reichs-Ministeriums seit dem März v. J. vollständig bekannt. Se. Königl. Hoheit halten den Augenblick für gekommen, um, auf jene Kenntniß Sich berufend, der provisorischen Centralgewalt die ausdrückliche Erklärung abgeben zu lassen, daß es diesen Ihren Gesinnungen insbesondere vollkommen entspreche, wenn ein einziges und selbst erbliches mächtiges Oberhaupt an die Spitze des Deutschen Bundesstaates gestellt werde. Se. Königl. Hoheit können nicht zweifeln, daß diese Erklärung auch ganz im Sinne Ihres Volkes erfolge. Der unterzeichnete Bevollmächtigte beehrt sich, dem ihm gewordenen Auftrage zufolge, dem Herrn Präsidenten des Reichs-Ministeriums vorstehende Erklärung zu überreichen.

Frankfurt, den 11. Januar 1849.

Der Großherzogl. Hessische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, gez. Eigenbrodt."

— Die Föderalisten oder die jüngere progressive Partei, welche sich auf dem Deutschen Gewerbe-Congreß zu Frankfurt a. M. im verflossenen Sommer bildete und an deren Spitze der unter dem Schriftstellernamen Karl Marlo bekannte Prof. Winckelblech in Kassel steht, wollen in diesem Jahre einen Congreß halten, zu dem nächstens die Aufforderungen ergehen werden. Das Wesen des Föderalismus ist in einem, auch durch den Buchhandel verbreiteten, mit einem Commentar versehenen Programm bezeichnet. Diesem Schriftchen nach entstand aus dem durch die Französische Revolution gebrochenen Monopolismus nach der einen Seite hin der Communismus, nach der anderen der Liberalismus, die beide bloß Uebergangsformen sind und die Welt unbefriedigt ließen. Versöhnend über diesen Extremen, unter deren Zweikampfe die moderne Welt in Trümmer zu zerfallen droht, breitet sich der Föderalismus aus, der auf Grund der in Deutschland noch nicht vollständig zersetzten, den Mittelstand theilweise erhaltenden, monopolistischen Elemente einen neuen gesellschaftlichen Organismus anbahnt. Der Hauptzweck des Föderalismus ist die „Aufhebung der Geldherrschaft"; das große Kapital soll das kleine nicht mehr fressen können. Um dies zu erreichen, soll für alle socialen Geschäfte eine Erwerbssphäre gesetzlich festgestellt werden. Jedweder redlichen Thätigkeit soll ihre Geschäftsgrenze gezogen werden, innerhalb welcher die freieste Bewegung Statt finden kann, ohne daß es ihr möglich wäre, in die innere Ordnung einer anderen Geschäftssphäre störend einzugreifen. Alle öffentlichen und privaten Geschäfte werden in Zünfte getheilt, deren Disciplin aber wesentlich verschieden ist von den Zünften des Mittelalters. Selbst im volkswirthschaftlichen Ausschusse zählt der Föderalismus einen eifrigen Anhänger. Der beabsichtigte Congreß wird alle diejenigen interessiren, welche in der Lösung der socialen Frage die Aufgabe unseres Jahrhunderts erblicken.

München, den 8. Januar. Freiherr v. Closen ist von seiner Sendung nach Olmütz gestern Abend hier zurückgekehrt. Er wurde von dem jugendlichen Kaiser sehr freundlich aufgenommen.

Wie es scheint, zweifelt Herr v. Beisler selbst an der längern Dauer seines Ministeriums, denn er will einerseits die Ministerwohnung im Ministerium des Innern gar nicht beziehen, andererseits auch nicht aus der National-Versammlung ausscheiden, sondern hat bei dieser nur um einen Urlaub von vier Wochen nachgesucht.

An das Truppenkorps-Kommando für Schwaben soll die Weisung ergangen sein, die Einberufungsschreiben für beurlaubte Mannschaft derartig fertig zu halten, daß im Falle eintretender Nothwendigkeit die Einberufung ohne Verzug erfolgen kann.

Von der Handelskammer für Oberbaiern, sowie von dem hiesigen, über 3000 Gewerbsmeister als Mitglieder zählenden Gewerbevereine werden dieser Tage Adressen an den Verein zum Schutze Deutscher Arbeit in Frankfurt abgehen. Man wird von hier aus die Bestrebungen dieses Vereins auf alle mögliche Weise unterstützen.

Die politischen Verfolgungen in Preußen gegen eine große Zahl der Mitglieder der National-Versammlung machen hier im Publikum böses Blut; wenn irgend welche Sympathieen für ein Preußisches Kaiserthum bei uns vorhanden wären, so müßten sie jetzt vollends erlöschen. — Nach den bisjetzt schon erfolgten Anmeldungen zu schließen, werden sich die Mitglieder unserer Kammer der Reichsräthe diesmal zahlreicher einfinden als bei irgend einem früheren Landtage.

Seit den Märzereignissen hat sich Dr. Jarcke von Wien nach München übergesiedelt. Wir hören aus zuverlässiger Quelle, daß derselbe in tiefster Zurückgezogenheit lebe und sich lediglich wissenschaftlichen Arbeiten widme.

Freiburg, den 10. Januar. Nachdem die Voruntersuchung gegen Struve und Blind geschlossen worden, hatte die Anklagekammer des hiesigen Gerichtshofes zu entscheiden, ob die Angeklagten wegen der ihnen zur Last gelegten Verbrechen des Hochverrathes, des Straßenraubes und der Erpressung, vor die Geschwornen zu stellen seien? welchen ausnahmsweise und bevor das Institut derselben all-

gemein eingeführt ist, nach Art. 3. des Gesetzes vom 16. Mai 1848 die Aburtheilung der Urheber und Gehilfen aller seit dem März 1848 verübten hochverrätherischen Handlungen zusteht. Die Anklagekammer hat darauf auch unterm 2. d. M. erkannt, daß die Angeklagten vor die Geschwornen zu stellen seinen. Gegen dieses Erkenntniß steht denselben das Rechtsmittel der Beschwerdeführung mit aufschiebender Wirkung zu, wofern die Angeklagten behaupten, daß die ihnen zur Last gelegte That durch kein Gesetz mit Strafe bedroht sei, oder daß das Gericht, vor welches sie gewiesen werden, keine Zuständigkeit dafür besitze. Weder der eine noch der andere Fall liegt hier vor; die Angeklagten Struve und Blind behaupten dies auch nicht; dessenungeachtet aber haben sie von der Freiheit Gebrauch gemacht, die einem Angeklagten zusteht, und das Rechtsmittel der Beschwerdeführung gegen das Erkenntniß der Anklagekammer ergriffen.

Wien, den 10. Jan. Das 13. Armee-Bülletin, welches ausgegeben wurde, lautet: Nach einem Berichte des Patriarchen Rajacsich vom 2. Dec. haben unsere Truppen, unter dem Commando des Obersten v. Meyerhofer, an diesem Tage bei Pancsowa einen glänzenden Sieg erfochten und den Feind in die Flucht geschlagen, so daß der Rebellenanführer Kiß kaum mit 6 Reitern nach Allibunar und Zsiesidorf entkommen ist. Der Feind hat die Grenze des Deutschbanater Grenzregiments gänzlich geräumt. In den Karpathen hat der G.-M. Götz, nach der Einnahme von Sillein, seinen Marsch gegen Kremnitz und Schemnitz fortgesetzt. Die Einnahme von Sillein fand am 2. d. statt. 3 Bataill. Honvéd, einige 1000 Garden, 14 Kanonen und ein Detaschement Honvéd-Kavallerie hatten den Brodner Paß besetzt; nach einem lebhaften Gefechte zog sich der Feind in wilder Flucht nach dem Turoczer Comitate zurück. — Von dem in Ober-Ungarn operirenden Armeecorps des F.-M.-L. Grafen Schlick gehen die Nachrichten bis zum 2. d. Eine feindliche Armee rückte am 1. d. von Leutschau aus gegen Eperies vor, dessen Commandant vor der Stadt Posto faßte, worauf sich der Feind, nachdem er seinen nächtlichen Ueberfall vereitelt sah, wieder zurückzog. Von Bartfeld rückte gleichfalls eine 1200 Mann starke Colonne vor, welche aber nach einem kleinen Geschützfeuer in die Flucht geschlagen wurde.

Wien, den 10. Januar. Der Abgeordnete Herzig verunglückte bei dem Brande seiner Fabrik in Grünwald. Der Reichstag in Kremsier veranstaltete eine Todtenfeier als Beweis seiner Theilnahme.

— Von der gestrigen Reichstags-Sitzung erfährt man so viel, daß die Verhandlungen den §. 1. der Grundrechte betrafen, für welchen Borrosch, Piterri, und gegen welchen Demel und Selinger sprachen. Am meisten schien die Meinung für Weglassung des §. Anklang zu finden; sie wurde von Ullepitsch, Hein, und unter besonders beifälliger Aufnahme von Brauner beantwortet. — Eine Interpellation betraf den Besuch fremder Universitäten von inländischen Studirenden.

Wien, den 11. Januar. Gestern fand in dem sogenannten rothen Hause vor dem Schottenthore eine Hausdurchsuchung statt, wobei 4 Personen arretirt wurden. Es soll aus diesem Hause auf einen vorübergehenden Offizier, der indeß nicht getroffen wurde, geschossen worden sein. Daß bei solchen ruchlosen Attentaten von der Aufhebung des Belagerungszustandes keine Rede sein könne, ist wohl begreiflich. — In den letzverflossenen Tagen sind wieder mehrere Cholerafälle, namentlich im Militairspital, vorgekommen, doch ist keiner der Erkrankten gestorben. Uebrigens tritt diese Krankheit nicht so bösartig, wie in frühern Jahren auf.

— Die Nachricht von dem Zufrieren der Lagunen Venedigs bestätigt sich nicht, hätte übrigens auch nicht den ihr beigelegten Werth. Personen, welche das seltene Ereigniß schon mitgemacht, versichern, daß davon kein Vortheil zu ziehen wäre, indem man durchaus nicht auf eine so starke Eisschichte rechnen könnte, um einen Uebergang zu wagen. Weit mehr darf man hingegen von den verbesserten Congrev'schen Raketen erwarten.

— Obschon Zeitungen und Gerüchte die Gefangennehmung Kossuths wiederholt bringen, so hat sich dieselbe doch noch nicht bestätigt. Er soll noch in der letzten Zeit zwei seiner Unterhändler nach Paris und London geschickt haben, um die dortigen Regierungen um Vermittelung anzugehen. Gewiß ist jedoch, daß er in der letzten Zeit die Nachricht verbreitete, Louis Napoleon habe die Ungarn aufgefordert, sich so viel als möglich aus den Städten zurückzuziehen, und sich im Freien zu concentriren, um sich so lange halten zu können, bis die Franzosen ihnen zu Hilfe zu kämen.

Wien, den 12. Januar. Der erste Paragraph der Oesterreichischen Grundrechte, der nach dem Entwurf des Verfassungs-Ausschusses lauten sollte: „Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus und werden auf die in der Constitution festgesetzte Weise ausgeübt", und gegen den sich das Ministerium im voraus erklärt hatte, ist in der Reichstags-Sitzung vom 10. Januar nach einem Amendement des Deputirten Ullepitsch mit großer Majorität verworfen worden. Dieses angenommene Amendement war folgendermaßen gefaßt: „Der §. 1. des Entwurfs der Grundrechte sei, als nicht hierher gehörig, wegzulassen und mit der Textirung der Bestimmungen über die Theilung und Ausübung der Staatsgewalten der mit dem Entwurfe der übrigen Theile der Constitution betraute Ausschuß zu beauftragen."

Pesth, den 8. Januar. Der Fürst zu Windischgrätz hat in einer Proklamation für die Ungarn Folgendes verkündet: 1. Jeder Einwohner, der mit was immer für einer Gattung von Waffen in der Hand gefangen genommen wird, ist augenblicklich „durch den Strang hinzurichten." 2. Jene Ortschaft, aus welcher mehrere Einwohner vereint sich erkühnen, von der K. K. Armee Couriere, Transporte oder einzelne Commandanten anzugreifen, oder ihr auf welch' immer für eine Art zu schaden, wird „der Erde gleich gemacht." 3. Die Ortsobrigkeiten bürgen mir „mit ihrem Kopfe" für die Aufrechthaltung der Ruhe

— Die Oder-Zeitung giebt über die Ereignisse vor der Uebergabe von Buda-Pest nachstehende Details: Am 31. Dec., Abends gegen 7 Uhr, beschloß der ungarische Reichstag auf Vorschlag der Landesvertheidigungs-Commission aus strategischen Rücksichten, welche weitläufig entwickelt wurden, die Vertheidigung von Pest und Ofen aufzugeben und sich mit der ganzen Armee und der Regierung nach Debreczin zurückzuziehen. Am selben Abend wurde Kossuth, gleichsam zum Abschiede, ein glänzendr Fackelzug gebracht; er verließ dann mit einer Anzahl von Regierungs-Mitgliedern gegen $11\frac{1}{2}$ Uhr auf der Eisenbahn Pest und fuhr nach Szolnok. Am folgenden Tag folgten ihm fast alle Reichstags- und Regierungs-Mitglieder; nur Csanyi, als Militair-Gouverneur, und Heineke, als Polizei-Präsident, blieben noch zurück. Alle Kassen und beweglichen Schätze wurden per Eisenbahn nach Szolnok und von dort nach Debreczin geführt; darunter die Ungarische Krone, die Reichsinsignien und die Schatzkammer. Eben so wurden die Pressen der Banknoten-Fabrik nebst Zubehör, sämmtliche Maschinen und Werkzeuge der Gewehr-Fabrik und Kanonenbohrerei, alle Montur- und Waffenmagazine, sogar sämmtliche Waffen der Nationalgarde, die Kanonen (gegen 250) und Pulver- und Kugelvorräthe abgeführt. Sechs Lokomotiven waren stets geheizt, um die langen Züge zu schleppen; und dies dauerte 5 Tage und 5 Nächte. Dann wurden alle Waggons der Eisenbahnen, alle Lokomotiven und Tender gleichfalls weggeführt; die im Bau begriffenen Wagen, wie auch alle Postwagen und sonstiges Fuhrwerk theils zerschlagen, theils auseinandergenommen.

Am 3. und 4. begann die Flucht aller betheiligten oder sich compromittirt haltenden Privaten. Die Straßen waren mit Fuhrwerk aller Art bedeckt, und mehr als ein Viertel aller Einwohner hatte die Stadt verlassen, bevor die Oesterreicher einrückten.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 12. Jan. Die Ankunft des Generals Dufour aus der Schweiz beschäftigt, wie es scheint, die diplomatische Welt, und man bringt sie mit gewissen Kriegs Eventualitäten in Zusammenhang. Wie man sagt, so hat die Schweizer Regierung allen Grund, zu glauben, daß es im Frühjahr an den Gränzen ihres Landes zu sehr ernsten Ereignissen kommen werde. Sobald Oesterreich mit Ungarn fertig geworden, wird es seine ganzen Kräfte auf Italien und die Schweiz concentriren und die Neutralität der letzteren der Form nach zwar ungefährdet gelassen werden, aber sie wird nichts desto weniger den vollen Einfluß Oesterreichs, und man setzt hinzu Deutschlands, erfahren, das heißt, die alte Berner Aristokratie und der Sonderbund sollen an die Stelle der Radikalen an die Spitze der Regierung gestellt werden. Ferner spricht man von einer äußerst bestimmt gehaltenen Note Preußens, in welcher man auf die Verträge von 1815 zurückkommt und Neufschatel von neuem in Anspruch nimmt, in welchen Forderungen Preußen von der Russischen Regierung sehr energisch unterstützt werdr. In dieser kritischen Lage, welche die Möglichkeit einer doppelten Invasion ihres Landes in Aussicht stellt, soll sich die Schweizer Regierung in der Person des mit Louis Bonaparte persönlich befreundeten General Dufours an das hiesige Cabinet gewandt haben, um zu wissen, was Frankreich bei dieser Interventions-Politik für eine Rolle zu spielen gedenke und ob die republikanische Schweiz etwas von dem republikanischen Frankreich bei dieser Gelegenheit zu hoffen habe. (K. Z.)

— Die Estaffette meldet: „Herr Nicolo Tommaseo, Geschäfsträger der Venetianischen Regierung zu Paris, begiebt sich wieder nach Italien, wo er, wie verlautet, zu anderen Funktionen berufen ist. Der berühmte Gelehrte wird zu Paris durch den Advokaten Pasini ersetzt, der schon von der Venetianischen Regierung den Auftrag hatte, sie bei den Konferenzen zu Brussel zu vertreten; Herr Tafoli, ehemaliges Mitglied der provisorischen Regierung von Venedig, ist ihm für die Expedirung der Geschäfte beigegeben. Herr Ricci, Botschafter Sardiniens bei der Französischen Republik, dir nach Turin zurückberufen ist, wird in Paris durch Herrn Arese aus Ma land ersetzt. welchen König Karl Albert seit dem März vorigen Jahres für seine Dienste gewonnen hat."

— Die Französische Regierung hat beschlossen, die Akte des Konsistoriums in Gaeta, insofern sie sich auf die Geistlichkeit und die Katholiken Frankreichs beziehen, als rechtskräftig anzuerkennen und auszuführen.

— In dieser Woche sollen Diners und Gesellschaften im Elysée National beginnen. Dienstag und Freitag Abends soll jede Woche großer Empfang sein. Der Freitag wäre vorzugsweise für die Minister, das diplomatische Corps und die Repräsentanten bestimmt, welchen die Säle des Präsidenten ohne Einladung geöffnet sein würden. Wegen Beschränktheit des Raumes würden alle anderen Personen erst eine Einladung zu erwarten haben.

— Der Justiz-Ausschuß der National-Versammlung hat gestern den Vorschlag des Hrn. Jouin wegen Aufhebung des gegen die Familien Orleans und Bourbon verhängten Verbannungsgesetzes berathen. Der dazu eingeladene Minister des Innern hat sich auf die Erklärung beschränkt, daß der Vorschlag ihm nicht zeitgemäß scheine, und den Wunsch ausgesprochen, daß man eine günstigere Zeit erwarten möchte, um diese Ausnahmsmaßregel zurückzunehmen. Der Ausschuß hat sich demgemäß für Verwerfung des obengedachten Vorschlags entschieden und Laissac zum Berichterstatter gewählt.

— An den Straßenecken fordern glänzend gedruckte kolossale Anschlagezettel mit der Unterschrift: „Auf! Auf! Nach den Goldgruben!" zur Ueberfahrt nach Californien auf. Die Rheder in dem Havre haben hiefür ein besonderes Büreau errichtet, wo alle Goldgierigen sich von Mittags 12 bis 2 Uhr einfinden sollen, um gegen gutes Geld zunächst eingeschrieben zu werden.

— Alexander Dumas hat, um der persönlichen Haft zu entgehen, seinen Gläubigern, 45 an der Zahl, alles Vermögen abgetreten, was er besitzt.

— Der „Constitutonel" meldet die Ankunft der Badischen Witwe-Großherzogin Stephanie (Wittwe des ehemaligen Großherzogs Carl) in Palais National, wo sie die Honneurs des unverheiratheten Präsidenten machen soll.

— Der Präsident, die Vicepräsidenten und Schriftführer der Nationalversammlung sind heut zu einem Gastmahl von dem Präsidenten eingeladen worden. Sie haben beschlossen, dieser Einladung zu folgen und ihre Amtszeichen anzulegen.

— In Batignolles sind Unruhen ausgebrochen, die einen ernsteren Charakter anzunehmen drohen. Es mußten 3000 Mann Truppen unter General Corbin hingeschickt werden; selbst Geschütz wurde aufgefahren.

— Der Spanische Gesandte und der Portugiesische Geschäftsträger haben der Französischen Regierung angeblich den Antrag gemacht, die Römische Frage durch einen Kongreß zu schlichten, welcher zu Madrid stattfinden und zu dem alle katholischen Mächte ihre Repräsentanten schicken sollten.

— Der Ausschuß, welcher in der Nationalversammlung für die auswärtigen Angelegenheiten gewählt wurde, prüft jetzt einen, von Francisque Bouvet gemachten, die verhältnißmäßige Heeres-Entwaffnung aller gebildeten Staaten betreffenden Antrag. Da der Krieg, nach des Beantragenden Meinung, der Religion, der Menschlichkeit und der allgemeinen Wohlfahrt widerstreite, so solle die französische Republik den Regierungen und Volksvertretungen der verschiedenen europäischen, amerikanischen und andern gesitteten Staaten den Vorschlag zur Beschickung eines Congresses machen, auf welchem die Mächte die nothwendige Entwaffnung, die Abschaffung „des Krieges und dafür die Einsetzung eines Schiedsgerichts", dessen Verrichtungen der Congreß sofort übernähme, berathen sollten. Der Congreß sei, im Zustimmungsfalle, am 1. Mai d. J. in Constantinopel zu eröffnen, der Präsident der Republik gehalten, jenen Vorschlag allen von Frankreich anerkannten Regierungen und Volksvertretungen mitzutheilen und ihn durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel annehmlich zu machen.

— Man spricht davon, daß der französische Geschäftsträger in Turin den Auftrag erhalten habe, dem Ministerium Gioberti eine Note zuzustellen, worin aufs bestimmteste erklärt wird, daß, wenn in Folge der Provokation Sardiniens der Kampf mit Radetzki wieder ausbreche, Frankreich mit Waffengewalt nicht interveniren werde; das Resultat des Krieges möge sein, welches es wolle, die Vermittelung Frankreichs werde eine rein diplomatische bleiben. Die Bestätigung dieser Nachricht muß abgewartet werden; unwahrscheinlich ist sie freilich nicht.

Großbritanien und Irland.

London, den 10. Januar. Ueber das Befinden des Herzogs von Wellington giebt der Standard beruhigende Nachrichten, die er von Jemand empfange, der gestern von Strathfieldsaye, dem Landsitz des Herzogs, eingetroffen. Der Herzog hatte sich auf der Jagd zwar etwas erkältet, doch waren die Folgen keineswegs von der Art, daß die um ihn befindlichen Mitglieder seiner Familie die mindeste Besorgniß hegten.

— Das Englische Dampfschiff „Thames" bringt Briefe von San Juan de Nicaragua vom 25. December mit der Meldung, daß die beiden Staaten Costa Rica und Nicaragua den Krieg gegen einander erklärt haben.

— Am 24. Februar, dem Tage, an welchem die Französische Revolution ausbrach, hatte der Belgische Schatz, wie die Independance bemerkt, für 27,259,000 Frcs. Scheine im Umlauf, welche am 4. Januar d. J. bereits bis auf 4,314,000 Fr. abgezahlt waren.

— Der „Friedenscongreß", dessen Zweck ist, den Krieg auf Erden ganz abzuschaffen und künftighin alle Streitigkeiten unter den Völkern durch Schiedsgerichte entscheiden zu lassen, entwickelt große Thätigkeit in England, und die Provinzialblätter geben lange Berichte über Versammlungen, welche zum Zwecke dieser wohlgemeinten Agitation stattfinden. Namentlich die HH. Elihu Burritt und Richard besuchten in der letzten Zeit als „Lecturers" die Städte Warington, Rochdale, Bolton, Preston, Liverpool, Stockport und Newark; Hr. Cobden aber soll als Bevollmächtigter des Kongresses im Parlament wirken. Der Verein gibt auch eine besondere Zeitung heraus unter dem Titel „Herald of Peace (Friedensherold)", und hat der Allgemeinen Zeitung so eben die erste Nummer davon zugesendet.

— In den Fabrikstädten schickt man sich an, mit dem Frühjahre gewaltige Massen von Fabrikaten nach Nord-Amerika abzuschicken, von wo noch fast nie so viele Bestellungen eingingen. Die Californische Goldmanie hat offenbar darauf bedeutend eingewirkt, da man dort auf vortheilhaften Waarenabsatz rechnet. — Zu Folkestone wird man heute Versuche mit einem unterseeischen telegraphischen Drahte über den Kanal machen. Ein Dampfschiff soll den nöthigen Apparat an Bord nehmen und der fortlaufende Draht eine Stunde weit gelegt werden. Gelingt dieser Versuch in dem kleineren Maßstabe, so glaubt man, auch die Anlegung eines bleibenden unterseeischen Telegraphen zwischen der Englischen und Französischen Küste sofort durchführen zu können. Die Kosten des Versuchs trägt die südöstliche Eisenbahngesellschaft.

— Gestern wurde zu Islington ein Viehmarkt eröffnet, der in der Hoffnung errichtet worden ist, daß man aus dem Innern von London den alten Markt von Smithfields entfernen werde, der nothwendig eine Unmasse von Schmutz anhäuft und überdies durch das Einhertreiben des Viehes in den bevölkertsten Straßen zahlreiche Unfälle veranlaßt. Die Grundfläche, welche der neue Markt einnimmt, beträgt 15 Morgen. — Zu Manchester sind die Mauern mit Plakaten bedeckt, welche den Weberei- und Spinnerei-Arbeitern Beschäftigung anbieten. Alle Fabrikanten dieser Geschäftszweige sind mit Bestellungen überhäuft.

— Von Panama gehen die letzten Nachrichten bis zum 22. November. Vom 1. Januar an sollte das erste Amerikanische Dampfschiff mit der Post der Nordwestküste nach St. Francisco abgehen. Diese Post wird von New-York mit Dampfschiffen nach Chagres gebracht und Isthmus gefördert. Panama wird fortan der Centralhafen im Stillen Meere, von wo aus die Dampfschiffe südlich nach Valpariso und nördlich nach dem Oregon segeln werden. In Valparaiso, wo bereits für 100,000 Dollars Goldstaub aus Kalifornien angekommen war, hatten die Nachrichten aus diesem Lande die Spekulation ebenfalls rege gemacht. Es waren bereits mehrere Ladungen zum Verkauf nach Kalifornien abgesandt,

und man ging damit um, dort neue Etablissements zu eröffnen. Das Kalifornische Gold wurde in Valparaiso mit 18 Dollars die Unze bezahlt.

Belgien.

Brüssel, den 11. Januar. Die zweite Kammer berieth heut das Justizbudget. Bei dieser Gelegenheit wurde, auf den Vorschlag der Central-Abtheilung, die Jahresbesoldung des Kardinal-Erzbischofs von Mecheln von 30- auf 21,000 Frs (5300 Thlr.) herabgesetzt, weil kein in Belgien lebender Beamte mehr als den Ministergehalt beziehen dürfe. Die Regierung hatte diesen Antrag nicht gemacht, sondern sich erst der Kammermehrheit gefügt; ja der Justizminister sich ausdrücklich gegen die Ausnahme verwahrt, daß die Zustimmung der Regierung als eine Handlung der Feindseligkeit gegen die höhere Geistlichkeit angesehen werden dürfe.

Italien.

Mailand, den 5. Januar. Alles scheint auf eine bevorstehende Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu deuten. Eine bedeutende Truppenmacht wird in Piacenza zusammengezogen, und von dort aus kann man leicht in kurzer Zeit gegen Piemont und Toscana vorrücken. Man glaubt, daß der König von Neapel, einem geheimen Auftrage zufolge, gleichzeitig gegen den Kirchenstaat vorrücken werde; wenigstens geben die großen Kriegsrüstungen Neapels Grund zu derartigen Vermuthungen, wenn man nicht lieber die annimmt, daß es sich in Neapel um Schutz und Wahrung des eigenen Heerdes handelt. Man hat nämlich sogar verurtheilte Galeerensklaven, Behufs des Eintritts in das neapolitanische Heer, befreit. König Ferdinand will nichts in Bezug auf Sicilien nachgeben, er erklärt laut, daß er unerbittlich gegen die „Rebellen" sein werde! Hat er doch den Engländern jede Entschädigung für die, bei dem Bombardement erlittenen, Schäden verweigert!

Mailand, den 30. Dec. Die heutige Gazzetta di Milano theilt folgende Kundmachung mit: „Um jedes Hinderniß und jede Entschuldigung, welche der Rückkehr jener Lombardo-Venetianischen Unterthanen im Wege stehen könnten, die obgleich nicht besonders an der Revolution betheiligt, doch der politischen Zerwürfnisse wegen ungesetzlicherweise sich im Auslande befinden, zu beseitigen, finde ich mich veranlaßt, denselben den Monat Januar als Frist zu ihrer Rückkehr in die Kaiserlichen Staaten zu gestatten. Nach Ablauf dieser Frist aber werden alle jene im Auslande Zurückgebliebenen als ohne gesetzliche Bewilligung Ausgewanderte betrachtet und ihr sowohl bewegliches als unbewegliches Vermögen unter Sequestratur nach den gesetzlichen Bestimmungen gestellt werden, da diese Proklamation an der Stelle einer Zurückberufungs-Edikts Platz greift nach den §§. 7 und 26 des allerhöchsten Patentes vom 24. März 1832. Mailand, am 30. Dec. 1848. Radetzky, Feldmarschall."

Livorno, den 6. Januar. Hier sind sehr beunruhigende Gerüchte im Umlauf. Man versichert, daß von heut bis zum 9. hier die rothe Republik ausgerufen werde. Man nennt auch die Namen der Führer.

Türkei.

Konstantinopel, den 20. Dec. Im vorigen Jahr stellte bekanntlich im Auftrag der Russischen Regierung der Russische Ingenieur Magarani zum Behuf der Herstellung von hydrographischen Karten längere Zeit in den hiesigen Meeren Untersuchungen an. Die Türkische Regierung hatte ihm zu dem Zweck zwei Kriegsschiffe zur Verfügung gestellt und ihm überdieß zwei Türkische Offiziere zur Unterstützung beigegeben. Der Zaar aller Reussen hat jetzt diesen beiden Offizieren zwei Brillantringe und den Commandanten der beiden Schiffe zwei Dosen mit Brillanten überreichen lassen. — In Mat in Albanien ist kürzlich, angeblich wegen des Tansimat, wieder ein Aufruhr ausgebrochen. Der dortige Mudir mußte sich flüchten. Der General en Chef von Rumelien beorderte mehrere Bataillone Truppen mit einigen Geschützen dahin. — Das Conseil, das mit der Bildung eines Reservearmeecorps beauftragt ist, hat vorgeschlagen der jetzigen Zeitverhältnisse wegen die auf 5 Jahre festgesetzte Dienstzeit auf 9 Jahre auszudehnen. — Briefe aus Bagdad melden, daß der Thronwechsel in Persien die Kurden der Provinz Kirmanschan und die Stämme Bakhtscharis in große Gährung versetzt hat.

Konstantinopel, den 20. Dec. Die Kommission, welche bestimmt ist, die Türkisch-Persische Grenz-Regulirungs-Angelegenheit vollends ins Reine zu bringen, wird sich an die Ufer des Schat-el-Arab begeben, denn dort ists, wo noch mehrere streitige Punkte zu berichtigen sind. So liegt am Zusammenfluß des aus Persien kommenden Flusses Kiarun und des Schat-el-Arab, des vereinigten Stroms des Euphrat und Tigris die Persische befestigte Stadt Mohamra, welche die beiden dort zusammenmündenden Flüsse beherrscht. Auf den Besitz dieses Platzes macht die Pforte Anspruch aus dem Grunde, weil sonst Persien, bliebe es im Besitze desselben, im Stande wäre, der Schifffahrt aus dem Schat-el-Arab jeden Augenblick Hindernisse in den Weg zu legen. Die Pforte will, kein fremder Staat soll die freie Fahrt auf diesen Flüssen hemmen können.

Amerika.

New-York, den 20. Dec In Bezug auf die Sklavenfrage ist kürzlich auch ein Beschluß von den beiden gesetzgebenden Kammern Süd Karolina's gefaßt worden, der einer Kriegserklärung oder wenigstens einer an die Staaten des Nordens gerichteten Drohung gleichkömmt, sich von dem Bunde trennen zu wollen, falls die Abolitionisten zu Washington triumphiren würden. Eine andere Frage, welche auch wohl lebhafte Debatten erregen wird, ist die der Zölle, in Bezug auf welche wiederum die Bewohner des Südens andere Interessen verfolgen, als die des Nordens. Ungeachtet der äußersten Wichtigkeit dieser beiden Fragen ist es doch das neue Eldorado, Kalifornien, welches am meisten die Gemüther bewegt, welches alle Köpfe in den Vereinigten Staaten verdreht. Neue Nachrichten sind noch angekommen und kündigen an, daß man an einer Menge anderer Punkte, daß man überall Gold in Ueberfluß gefunden habe. Uebrigens ist eine solche Fluth von Reichthümern für eine Menge Leute ein Unglück geworden. Der Preis des Mehles ist in Kalifornien von 36 Dollars für 60 Pfd. auf 80 Dollars gestiegen. Diener sind für kein Geld zu haben, und der arme Gouverneur von Kalifornien ist gezwungen, sich selbst die Küche zu besorgen. Man wird sich also nicht wundern, zu hören, daß das Fieber der Auswanderung nach Kalifornien alle Welt ergriffen zu haben scheint: Es ist eine epidemische Krankheit, sagen die Journale. Am 20. Dec. kündigte man zu New-York 31 Schiffe an als absegelnd nach dem Lande des Goldes, zu Philadelphia 17, zu Boston 9, zu Portland 2, zu Baltimore 7, zu Charlestown 2, zu New-Orleans 11. Noch mehr, man versichert, daß 10,000 Auswanderer schon durch St. Louis gekommen seien, um sich zu Lande nach Kalifornien zu begeben, daß endlich mehr als 2000 Reisende schon ungeduldig zu Panama die Dampfböte erwarten, welche sie ins gelobte Land bringen sollen. In der Münze zu Philadelphia haben Untersuchungen die letzten Zweifel gehoben über die Wirklichkeit der in dem Thale des Sacramento entdeckten Schätze.

Berliner Börse.

Den 13. Januar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	101	$100\frac{7}{8}$
Staats-Schuldscheine	3½	—	78¾
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	96¼	95¾
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	$98\frac{7}{8}$	$97\frac{7}{8}$
Westpreussische Pfandbriefe	3½	$83\frac{5}{8}$	$83\frac{1}{8}$
Grossh. Posener »	4	—	$95\frac{1}{8}$
» »	3½	—	80¾
Ostpreussische »	3½	—	—
Pommersche »	3½	—	90½
Kur- u. Neumärk. »	3½	—	90¾
Schlesische »	3½	—	—
» v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	91½
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{5}{12}$
Disconto	—	—	4½
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	78½
» Prioritäts-	4	—	87
Berlin-Hamburger	4	—	60¾
» Prioritäts-	4½	—	93
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	60½
» » Prior. A. B.	4	84½	—
» » »	5	94¼	—
Berlin-Stettiner	4	89½	89
Cöln-Mindener	3½	—	78¾
» Prioritäts-	4½	92½	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	3½	—	71½
» Prioritäts-	4	—	86
» »	5	98¾	98¼
» » III. Serie	5	94	—
Ober-Schlesische Litt. A	3½	—	93½
» » B.	3½	—	93½
Rheinische	—	—	—
» Stamm-Prioritäts-	4	—	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	—	50½
Stargard-Posener	4	—	70½

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.